

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Der Plan, den der österreichische Reichskanzler mit seiner auswärtigen Politik verfolgt, ist in der orientalischen oder in der türkisch-griechischen Angelegenheit in bestimmter Weise hervorgetreten. Derselbe verfolgt eine Politik, die darauf hinausgeht, eine Situation herbeizuführen, die ihm bequem und geeignet erscheint, auf Umwegen seine Absichten gegen Preußen zu verwirklichen. Die Stellung, welche Ungarn zur deutschen Angelegenheit einnimmt, macht es dem Reichskanzler unmöglich, gegen Preußen auf geradem Wege mit einer Koalition vorzugehen. Denn bekanntlich haben die Ungarn erklärt, daß sie keine Veranlassung hätten, in der deutschen Frage feindlich gegen Preußen aufzutreten, und daß sie die materielle Vereinigung Süddeutschlands mit Norddeutschland niemals als einen Kriegszustand ansehen würden, während andererseits die offiziellen Wiener Blätter die Versicherung gegeben haben, daß zur Verhinderung einer solchen Vereinigung der letzte Mann und der letzte Gulden hergegeben werden solle. Der Kern der Politik des Reichskanzlers ist nun aber trotzdem, daß er auf die Unterstützung der Ungarn in der deutschen Frage nicht rechnen kann, die deutsche Frage auf Umwegen im österreichischen Sinne und zwar dadurch zu lösen, daß er in der Ferne wie früher die rumänische, so jetzt die orientalische Frage in Scene gesetzt hat. Er hofft nämlich, daß sich Rußland von Oesterreich verfolge und, wie er annimmt, von den Westmächten protigirten Politik entgegen stellen und daß es dann wieder zum Kriege zwischen den Westmächten und Rußland kommen werde. Preußen glaubt er dann in die Lage zu bringen, sich entweder für oder gegen Rußland auszusprechen. Würde Preußen das Uebergewicht Rußlands im Orient begünstigen, so würde der Reichskanzler dann auf die Unterstützung Ungarns rechnen und so im Bunde mit den Westmächten gegen Preußen auftreten können. Jedenfalls liegt der Gedanke an einen Krieg gegen Preußen und den Norddeutschen Bund im Hintergrunde der ganzen österreichischen Politik; zu diesem Zwecke ist auch die orientalische Frage ins Werk gesetzt worden. Auf Konsequenz kommt dem Reichskanzler bei seiner Politik nicht an, denn während er jetzt als Vorkämpfer für die Integrität der Türkei auftritt, verfolgte er bei seinem Eintritt ins Ministerium Pläne, die auf die Zerstückelung der Türkei hinausliefen. — Die in verschiedenen Zeitungen über den Verlauf der parlamentarischen Session aufgestellten Vermuthungen müssen vor der Hand als sehr vorzeitig bezeichnet werden. Es soll nach denselben der Landtag Ende Februar geschlossen werden, hierauf eine 14 tägige Pause eintreten und dann Mitte März der Reichstag einberufen werden. Abgesehen davon, daß für den Abschluß der Etatsberatungen noch nicht einmal ein bestimmter Termin angesetzt werden kann und daß außer dem Etat noch viele andere wichtige Vorlagen der Erledigung harren, so ist bei den gemachten Angaben auch nicht in Betracht gezogen worden, daß Oesterreich schon nach 8 Tagen wieder verlagert werden müßte, wenn er Mitte März einberufen würde. Was dann die weiteren Vermuthungen, der Blätter darüber anbelangt, ob die bei der Etatsberatung vom Abgeordnetenhaus beliebigen Veränderungen von der Regierung angenommen werden würden, so ist zu bemerken, daß die Regierung einen bestimmten Beschluß in dieser Hinsicht nur dann fassen kann, wenn die Resultate der Vorberatung vollständig vorliegen, indeß kann wohl schon jetzt behauptet werden, daß sie, wenn es überhaupt möglich ist, die Ergebnisse der Vorberatung acceptiren wird, um keine weitere Verzögerung des Abschlusses des Etats zu verursachen und keine Gelegenheit zu neuen Spaltungen zu geben. Was speziell den Vorschlag zur Lösung des zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Justizminister entstandenen Konflikts betrifft, die etatsmäßigen Rathsstellen beim Obergericht zu vermehren, um dadurch die Hinzuziehung von Hülfsschlichtern unnötig zu machen, so wird ein dahin gehender Antrag auf keine Schwierigkeiten bei der Regierung stoßen, von ihr selbst aber schwerlich ein solcher ausgehen. Interessant ist übrigens, daß jetzt, d. h. nach dem bekannten Vorfalle im Abgeordnetenhaus, von einigen liberalen Blättern auf einmal die Entdeckung gemacht wird, daß durch die Vorlagen des Justizministers, die bekanntlich bei der liberalen Presse früher besondere Anerkennung fanden, im reaktionären Haden sich durchziehe. — Die Vorarbeiten zur Errichtung des Siegesdenkmals auf dem Königsplatze hieselbst sind jetzt so weit vorgeschritten, daß in diesem Jahre mit dem Bau begonnen werden soll. — Das bei Swinemünde erbaute schwimmende eiserne Dock wird nicht so frühzeitig hergestellt werden können, daß das Dock der Schiffe schon zum 1. April d. J. möglich wird. Man rechnet darauf, daß es Ende März so weit hergestellt sein wird, um das Bassin verlassen zu können; ehe es indeß in den Swinestrom gelangen kann, muß erst der Sandgedamm beseitigt und die Mündung des Außen-

hafens vor dem Bassin vertieft und erweitert werden. Hierbei ist aber Vieles wieder von der Witterung abhängig. — In jüngster Zeit ist eine Anzahl junger Verwaltungsbeamten, namentlich Regierungs-Assessoren, aus den neuen in die alten Landestheile behufs ihrer Ausbildung in der altländischen Gesetzgebung versetzt worden. Dieselben sollen die Verwaltung auch in den unteren Instanzen kennen lernen und demnach auch zeitweise bei den Landraths-Ämtern, Polizeibehörden und größeren Kommunalbehörden (hier kommissarisch) beschäftigt werden.

Berlin, 6. Januar. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags zur Verabschiedung den Gouverneur von Mainz, Prinz Woldegar zu Schleswig-Holstein, der Abends auf seinen Posten zurückkehrte, nahm hierauf den Militär Vortrag entgegen und arbeitete dann mehrere Stunden mit dem Grafen Bismarck, dem Finanzminister und dem Justizminister. Nach einer Konferenz mit dem Grafen Bismarck machte der König eine Ausfahrt.

Wir haben schon berichtet, daß Prinz Friedrich von Hohenzollern, dritter Sohn des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, sich mit Lady Mary Douglas, einer Cousine des Kaisers Napoleon, verlobt hat. Die Verlobten sind nahe verwandt, ihre Mütter sind Schwestern. Die Braut ist die Tochter von William Alexander Anthony Archibald Douglas, gestorben 1863, erstem Herzog von Hamilton in Schottland, und der Prinzessin Marie Amalie Elisabeth Karoline von Baden, einer Tochter des Großherzogs Karl und der Großherzogin Stephanie, der Nichte und Adoptivtochter des ersten Napoleon.

Wie unsere Leser wissen, war Graf Bismarck in den letzten Tagen auf Schloß Ahrensborg, im Holstein'schen beim Grafen Schimmelmann auf Jagd. Als dem Reichskanzler von den Bewohnern der Umgegend eine Ovation bereitet wurde, hielt derselbe an die zahlreich Versammelten folgende Ansprache: „Mir ist es eine Freude, daß Sie mich so freundlich als Landsmann begrüßen und danke ich Ihnen für die Ehre, die Sie mir erweisen; ich sehe darin einen Beweis, daß das Gefühl des Zusammengehörens auch bei Ihnen immer mehr und mehr zur Wahrheit geworden und das werde ich mit Freuden dem Könige berichten. — Zusammengehört als Deutsche haben wir es ja immer, wir waren ja stets Brüder, wir haben es nur nicht gewußt. — Auch in diesem Lande gab es verschiedene Stämme, Schleswiger, Holsteiner, Lauenburger, so wie es auch Mecklenburger, Hannoveraner, Lübecker, Hamburger giebt und sie können alle gern bleiben was sie sind, in dem Bewußtsein, daß sie Deutsche, daß sie Brüder sind. Und wir hier im Norden sollen es uns doppelt bewußt sein mit unserer plattdeutschen Sprache, die sich hinzieht von Holland bis zur polnischen Grenze; wir sind uns auch bewußt, haben es uns früher nur nicht gesagt. Daß wir uns aber unserer deutschen Abkunft und Zusammengehörigkeit wieder so freudig und lebhaft bewußt worden sind, das lassen Sie uns dem Manne danken, durch dessen Weisheit und Energie dies Bewußtsein zu einer Wahrheit, einer Thatfache geworden ist, indem wir auf unsern König und Herrn ein herzhaftes Hoch anbringen. „Seine Majestät, unser allernächster König und Herr, Wilhelm I. lebe hoch.“

Auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses ist für den 7. Januar alles gesetzt, was für die Erledigung der Vorberatung des Budgets noch erforderlich ist, einschließlich des Etatsgesetzes, zu welchem die Regierung noch das schon angekündigte „Nachtragsgesetz“ sogleich einbringen wird. Dieses Indemnitätsgesetz wird, wie die „R. Ztg.“ vernimmt, in diesem Jahre genau so wie im vergangenen dahin lauten: „Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Bundes innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt.“ Es wird indeß in der Sitzung vom nächsten Donnerstag die Tagesordnung sicher nicht zu Ende geführt werden, da namentlich die vorgeschlagene Deckung des Defizits noch zu einer besonderen Erörterung führen wird. Es ist schon mitgetheilt, daß der Abg. Lasker den Antrag zu stellen beabsichtigt, das Defizit im Staatshaushalte statt auf dem in der Etatsvorlage bezeichneten Wege durch theilweise Einziehung der Seehandlungs-Fonds zu decken. Das dieser Vorschlag gegen den vorausgesetzlichen Widerspruch der Regierung schon jetzt festgehalten und durchgeführt werden sollte, wird wohl vom Abgeordneten Lasker selbst nicht erwartet; derselbe bezweckt wohl hauptsächlich nur, das Recht des Hauses auf eine entscheidende Stimme hinsichtlich der Bestimmung der eventuellen Deckungsmittel sogleich öffentlich zur Sprache und zur Anerkennung zu bringen. Die folgende zweite Lesung des ganzen Budgets wird dann nicht viel Zeit mehr in Anspruch nehmen. Einestheils wird bei dem Etat des Ministeriums des Innern aus dem Hause heraus die Bewilligung eines Pauschquantums für die hannoverschen Landdrosteien nochmals versucht werden, und andererseits soll bei dem Etat des Justiz-Ministeriums die Regierung eine kleine Vermehrung an Rathsstellen am Ober-

tribunal beantragen wollen, um damit den Streit wegen der „Hülfsschlichter“ beizulegen. In diesem Jahre erwartet man den Schluß der Vorberatung mit dem Laufe dieser Woche und das Ende der Etatsberatung bis zum 15. d. M. Die Budget-Beratung der vorigen Session begann am 3. Dezember 1867 und erforderte bis zur Vertagung am 20. Dezember zehn Sitzungen. Diesmal begann die Vorberatung am 14. November und nahm bis zur Vertagung am 19. Dezember 24 Sitzungen in Anspruch. Weiter denkt man jedoch, die nothwendigeren Arbeiten des Landtages bis Ende Februar oder spätestens bis zur ersten Märzwoche zu erledigen, doch wird der Reichstag wohl erst nach Ostern, also Anfangs April einberufen werden können, da die Fertigstellung der für den Reichstag vorbereitenden Arbeiten im Bundeskanzleramt noch längere Zeit in Anspruch nimmt, als man vorher dachte. Es bezieht sich dies u. A. namentlich auf die umfassende Vorlage über das Heimathrecht, wonach hauptsächlich das sogenannte Armenrecht nicht nur den an dem Orte Geborenen, sondern jedem zusteht, der längere Zeit an dem betreffenden Orte ansässig gewesen ist.

Die Bedeutung der Standesherrlichkeit ist durch ein Obergerichtsurtheil vom vorigen Jahre in prinzipiell wichtiger Weise deklariert worden. In einem Prozesse war nämlich dem Herzoge von Ratibor, Fürsten zu Corvey, rechtskräftig ein Eid auferlegt worden. Derselbe verlangte nun, daß dieser Eid an seiner Stelle einem seiner Beamten abgenommen werde und wurde, als dies Verlangen abgelehnt worden, mit dem Antrage klagbar, ihn für berechtigt zu erklären, den qu. Eid durch einen seiner Beamten ablesen zu lassen. Das Appellationsgericht zu Ratibor wies ihn jedoch damit ab, weil er im gesetzlichen Sinne nicht mehr als das Haupt einer vormals reichsständigen Familie zu betrachten sei, da derselbe durch Vertrag vom 15. Oktober 1845 die Standesherrschaft mit allen dazu hausgesessenen Titeln, Rechten und Verbindlichkeiten — wenn auch unter Vorbehalt des hausgesessenen Ranges — an seinen jüngern Bruder Lodovig abgetreten habe, ein Entscheidungsgrund, auf welchen der Herzog erwiderte: daß das fragliche Recht der Eidesvertretung ein persönliches Ehrenrecht der in Preußen begüterten Familienhäupter sei; auch habe er auf die Standesherrschaft Herzoglohe-Schillingfürst mit allen Titeln und Rechten nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte verzichtet, „daß ihm der hausgesessene Rang verbleibe.“ Der Herzog legte hierauf noch die Nichtigkeitsekläre ein, das Obergericht hat dieselbe aber als unbegründet und damit den Antrag des Herzogs rechtskräftig zurückgewiesen, und zwar unter Annahme der folgenden Rechtsgrundsätze: „Hat das Haupt einer vormals reichsständigen Familie die Standesherrlichkeit an ein ebenbürtiges Mitglied der standesherrlichen Familie veräußert, so steht ihm nicht ferner das Recht zu, einen Eid durch seinen Beamten leisten zu lassen, und dies selbst für den Fall nicht, wenn in dem Veräußerungsvertrage ein Vorbehalt wegen des Ranges gemacht ist. Die in dem Traktate vom 16. Oktober 1815 dem Fürsten von Corvey beigelegten Ehrenrechte der begünstigten Grundbesitzer sind nicht auf das den Häuptern der ehemals reichsumittelbaren Familien als solchen verliehene Vorrecht der Eidesvertretung auszudehnen.“

Elberfeld, 5. Januar. Wie die „Elberf. Zeitung“ meldet, ist bei der Eröffnung zum Landtage im Wahlkreise Heinsberg-Geilenkirchen-Erkelenz der Landrath Elaffen in Erkelenz mit 265 von 270 Stimmen gewählt worden. Die übrigen Stimmen fielen auf den Landrath Frhen. v. Eynatten in Geilenkirchen.

Sterlohn, 3. Januar. Der hiesige evangelische Schulvorstand und die Schulpfarrer haben auf den Antrag unserer Elementarlehrer einstimmig deren Gehälter bedeutend erhöht, und zwar soll vom 1. Januar c. an das Minimum 350 Thlr. betragen, welches aber mit den Dienstjahren bis zu einem Maximum von 600 Thlrn. steigt.

Köln, 4. Januar. Die auf gestern anberaumte Bürger-Versammlung in Betreff der Festungs-Angelegenheit war sehr zahlreich besucht. Auch Mühlheim, Deuß und die Vorstädte Ehrenfeld, Sülz, Nippes, Bayenthal, Rall hatten ihr Kontingent geliefert. Herr Classen-Kappellmann führte den Vorsitz und stellte in kurzen Zügen die bedrängte Lage der Eigentümer und Ziegeleien, Sandgruben u. s. w. im dritten Festungsrayon, sowie die enormen Verluste dar, mit denen Köln-Deuß und Umgebung bedroht sei, wenn der jetzt dem Hause der Abgeordneten vorliegende Entwurf eines Expropriations-Gesetzes unverändert Annahme finden möchte. In ersterer Beziehung, sowie überhaupt in Betreff des Vorgehens der Festungsbehörde in Beziehung auf die Verhältnisse der Rayons hielt ein Mitglied des Gemeinderaths von Ehrenfeld, Herr Ansh, einen längeren, mit Beifall aufgenommenen Vortrag, welchem die Verlesung der beiden einstimmig adoptirten Petitionen an das Abgeordnetenhaus durch den Verfasser Herrn Dr. Weinhausen folgte. Die eine dieser Petitionen

wird allen Festungskommunen mit dem Anheimgenben des Anschlusses zugesandt werden. Die andere Petition schließt mit folgendem Antrage: „Das hohe Haus wolle die gegenwärtige Petition dem Herrn Minister des Innern mit der Aufforderung überweisen, der Königl. Regierung zu Köln die Anweisung zu ertheilen, die von ihr auf Requisition der Königl. Kommandantur daselbst an das Landrathsamt des Landkreises Köln erlassenen Verfügungen in Betreff der im dritten Rayon der Festung Köln befindlichen Ziegeleien, Sand-, Kies-, Lehm- und Mergelgruben als mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch stehend, zurück zu nehmen.“ Zur Begründung dieser Petition ist in derselben vorzugsweise auf die in der Weinhausen'schen Schrift über die Entfestigung Kölns S. 37 bis 54 enthaltene Darstellung der Sachlage und rechtliche Ausführungen Bezug genommen. Der eingeladene und anwesende Abgeordnete der Stadt Köln, Herr Assessor a. D. Pauli, hat mit großer Bereitwilligkeit die Ueberreichung und kräftigste Vertretung beider Petitionen zugesagt. Die Petitionen wurden gleich nach Schluß der Versammlung zahlreich unterschrieben.

Kassel, 3. Januar. Mit dem Beginn dieses Jahres werden die Arbeiten zur Fortführung der Halle-Kasseler Bahn von Arenshausen über Wipshausen nach Münden wieder in Angriff genommen. Die betreffende Linie hat nunmehr die Genehmigung des Handelsministers gefunden, und man hofft sie bis Ende 1870 zu vollenden. Als Entgelt für die aufgebundene Verpflichtung, über Almerode zu bauen, soll die Magdeburg-Leipziger Gesellschaft den Bau einer sekundären Eisenbahn von Hefsa (jenseit Almerode) nach Kassel übernehmen. Zwischen Arenshausen und Wipshausen ist in dem Bauprojekte zugleich Rücksicht genommen auf die Anlage eines Kreuzungsbahnhofes, auf welchem die Halle-Kasseler Bahn sich kreuzen soll mit der projectirten Göttingen-Bebraer Staatsbahn.

Homburg v. d. S., 3. Januar. Der „Taunusbote“ theilt mit, „daß der aus dem letzten halben Jahre zu Gunsten des städtischen Kurparks erübrigte Betrag eine Höhe erreicht hat, durch welche der Ausfall des vorausgegangenen Halbjahres fast vollständig gedeckt wurde.“

Hamburg, 2. Januar. Für die hiesige Kunsthalle soll auch die Statue Thorwaldsen's ausgeführt werden. Die Herstellung ist, nachdem verschiedene Skizzen in Folge einer ausgeschriebenen Konkurrenz eingegangen, dem Bildhauer Emmerich Andrefsen aus Uetersen in Holstein, zur Zeit in Dresden, übertragen worden. Einen fast schmerzlichen Eindruck machte eine am letzten Mittwoch hier stattgefundene öffentliche Auktion eines Dioramas. Das von dem Künstler Charles Marшал angefertigte Diorama, ein Prachtwerk der Kunst, in vier Tableau: die Reise nach den drei Goldregionen, Kalifornien, dem Ural und Australien in höchster Natürlichkeit zur Anschauung bringend, hatte seinerzeit nicht weniger als 5000 Thlr. gekostet. Der Auktionsmeister hatte auch diesen Preis eingesetzt und bei der Versteigerung ergab sich als höchstes Gebot — 180 Thlr.! Für diese Summe wurde es dem Besitzer des hiesigen Hippodroms, Basel, zugeschlagen. — Ein seltenes Kunstwerk der Holzschneiderei ist gegenwärtig hier ausgestellt. Das Stück stellt „den Tanz der Elfen“ dar, eine Gruppe von 15 weiblichen Gestalten, welche Hand in Hand verschlungen, über einem See schwebend, einen Ringeltanz ausführen. Ein Gebirgswald bildet den Hintergrund. Das ganze ist aus einer alten Eiche von 6 Fuß Durchmesser geschnitten und mit bewundernswürdiger Ausdauer in achtjähriger Arbeit geschaffen worden. — Wie seinerzeit mitgetheilt wurde, war von Lucas Schlüter bei Gelegenheit des Jubiläums des hiesigen Thaliatheaters ein Betrag von 5000 M. Bco. zur Gründung einer Pensionsanstalt für die Mitglieder dieses Theaters geschenkt worden. Dieser Betrag hat sich durch weitere Sammlungen erfreulicher Weise auf 12,101 M. Courant gesteigert und stehen fernere Beiträge in Aussicht. — Im Thaliatheater erregte noch das alte Stück von Heinrich Marr „Der Minister und der Seidenhändler“ durch die vorzügliche Darstellung der Mitglieder, am 30. v. M., ein so lebhaftes Interesse, daß Wiederholungen stattfinden werden.

Leipzig, 4. Januar. Die hiesige Presse hat mit Neujaß verschiedene Veränderungen erfahren. Die „Leipziger Nachrichten“ haben sich ohne Preiserhöhung die Form eines großen Journals, mit Feuilleton, beigelegt. Das „Demokratische Wochenblatt“ ist Verbandsorgan desjenigen Theils der deutschen Arbeitervereine geworden, welche seiner Zeit den Nürnberger Arbeiterkongress abhielten und von Bebel geleitet werden, ihr bisheriges Vereinsblatt war die „Mannheimer Arbeiterhalle“. Ferner ist neubegründet die „Handwerker-Zeitung“, welche aus dem Boden der Gewerbesfreiheit für die Interessen des Handwerkerstandes zu wirken verspricht. Unverändert in jeder Hinsicht blieben die national-liberale „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ferner das Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, und endlich die „Sächsische Zeitung“. Ganz enorm ist die Zahl der

hier erscheinenden belletristischen und wissenschaftlichen Zeitschriften; dieselbe betrug Ende des vorigen Jahres weit über hundert.

München, 3. Januar. Mit geringen Hoffnungen scheint man in Baiern ins neue Jahr getreten zu sein. Und woher dieses? Mit Recht schreibt man dem widerspruchsvollen und unzuverlässigen Geiste der Romantik einen großen und verhängnisvollen Einfluss auf Baierns Geschick zu, einen Einfluss, dem auch der gute Wille derjenigen Minister, denen ein solcher ohne Zweifel zugeschrieben werden kann, auf die Dauer nicht gewachsen sein dürfte. Dem entsprechend sind die Fortschritte der Gesetzgebung keineswegs solche, welche eine hohe Befriedigung erregen könnten. Das Gemeindegesetz ist höchst unzureichend reformirt, das Schulgesetz ist aus den Beratungen des Abgeordnetenausschusses in einer sehr dürftigen Gestalt hervorgegangen, andere angekündigte Reformen werden auf die lange Bank geschoben; dass aber mit aller Langsamkeit und Halbheit die Nachsicht der Ultramontanen nicht erkaufte wird, dass vor Allem in vielen Kreisen der Geistlichkeit die Erbitterung nur wächst und sich hier und da auch in roher Weise Luft macht, das wird Niemand Wunder nehmen. — Die Abgeordnetenkammer wird erst am 7. d. M. wieder eine Sitzung abhalten. Die Eingaben für Herstellung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts vermehren sich. Es scheint, dass die Mittelpartei — abgesehen von der innern Frage des Rechtes — auch einen politischen Fehler begangen hat, indem sie sich prinzipiell dagegen erklärte. In wie fern die Angabe Begründung hat, dass Angehörige der bezeichneten Partei eine andere Ansicht als die eben erwähnte über diese Frage hegen, lässt sich nicht beurtheilen, so viel lässt sich indes unsicher vorhersehen, dass das Verlangen, wenn diesmal zurückgewiesen, nur mit verstärkter Macht wiederkehren wird.

Ausland.
West, 5. Januar. Der Westher Centralwahlbezirk hat heute Deal aufgefodert, das Deputirtenmandat von Neuem anzunehmen. Die Wahlbewegung im ganzen Lande hat begonnen. Die ungarischen, deutschen, slavonischen und croatischen Wahlbezirke werden meistens für die Deutpartei, die rumänischen und serbischen für die Opposition stimmen.

Paris, 5. Januar. Die Dépêche aus Athen, wonach der griechische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Delvannis, einen Aufschub der Konferenzverhandlungen beantragt haben soll, wird durch Nichts bestätigt.

„France“ widerspricht dem Gerüchte, Rußland habe den Vorschlag gemacht, das Feld der Beratungen zu erweitern. — „Public“ glaubt versichern zu können, daß die hohe Pforte einer Lösung des vierten Punktes des Ultimatus nicht abgeneigt sei. — „Patrie“ theilt mit, die Mehrzahl der Vertreter der Großmächte habe gestern im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Art von Vorversammlung gehalten, in welcher man soweit gekommen sei, das Einverständnis über die Lösung der Schwierigkeiten zu konstatiren. — Prinz Napoleon ist gegenwärtig unapfähr.

Madrid, 5. Januar. Aus Sevilla und Xeres werden vom gestrigen Tage republikanische Demonstrationen gemeldet. Die Bevölkerung blieb ruhig. Die Ordnung wurde aufrechterhalten. — Ein Rundschreiben des Ministers des Innern sagt anlässlich der neuerlichen Agitationen: „Die Regierung wird die Ordnung fest bis zum Zusammentritt der Cortes aufrecht erhalten, deren Entscheidung sie achtungsvoll erwartet.“

Kissabou, 5. Januar. Die Deputirtenkammer hat den Kandidaten der Opposition, Mendez Real, zum Präsidenten gewählt. Der von der Regierung aufgestellte Kandidat blieb in der Minorität. Man erwartet den Rücktritt des Ministeriums oder die Auflösung der Kammer.

Rußland. Die in St. Petersburg getroffene Vereinbarung über die Nichtanwendung der Explosionsgeschosse über 400 Grammes im Kriege, der bis jetzt Oesterreich, Baiern, Belgien, Dänemark, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Holland, Rußland, Persien, Portugal, Preußen, der Norddeutsche Bund, Schweden, die Schweiz, die Türkei und Württemberg beigetreten sind, basiert auf folgende Begründung: „In Betracht, daß die Verringerung der Uebel, welche der Krieg mit sich bringt, so viel als möglich das Ziel der Fortschritte der Civilisation sein muß; in Betracht, daß der einzige Zweck, welchen die Staaten während der Kriegsdauer in's Auge zu fassen haben, die Schwächung der militärischen Kräfte des Feindes ist; daß es aber hierzu genügt, die größtmögliche Anzahl Feinde außer Kampf zu setzen; in Betracht, daß dieses Ziel durch Anwendung von Waffen, welche die Leiden der außer Kampf gesetzten Soldaten vermehren oder deren Tod unvermeidlich machen, überholt sein würde; und daß infolge dessen die Anwendung solcher Waffen gegen die Gesetze der Menschlichkeit ist — verpflichten sich die kontrahirenden Parteien, im Falle eines Krieges unter sich, für ihre Land- und Seetruppen der Anwendung eines jeden Geschosses über 400 Grammes gegenseitig zu entsagen, welches entweder explodirt oder mit zündenden oder entzündbaren Stoffen geladen ist.“ Selbstverständlich gilt die Vereinbarung nur für ihre Unterzeichner und verliert ihre Kraft auch dann, wenn im Kriegsfall ein Nichtunterzeichner der Bundesgenosse eines Unterzeichners ist.

Pommern.
Stettin, 6. Januar. Wiederum ist ein bedeutender Schritt zur Gleichstellung der Juden geschehen, indem dieser Tage der Gerichts-Assessor Joel (Sira-

lit) zum Richter bei dem Kreisgerichte in Stralsund ernannt worden ist. Nach der bisherigen Praxis wurden die jüdischen Gerichts-Assessoren lediglich zu Rechts-Anwalt befördert, weil ihnen diese Stellung schon durch eine Anordnung des Königs Friedrich Wilhelm's IV. unterm 18. Februar 1848 eingeräumt worden war. Den Richter-Kollegien, selbst denen bei den Hypotheken-deputationen, waren sie bisher fern gehalten worden, während Herr Joel in seiner neuen Stellung zunächst Hypothekenrichter wird.

— In neuerer Zeit sind wiederholtlich falsche Zweigroschenstücke vorgekommen, deren Gepräge fast vollständig mit dem der ächten Geldmünzen übereinstimmt. Sowohl die auf demselben sich befindende Schrift auf der Vorderseite und am Rande, als auch das auf der Rückseite befindliche Brustbild Friedrich Wilhelm's IV. ist ziemlich täuschend nachgemacht. Jedoch erscheint das große lateinische A, dessen zwei schräge Längen und ein Querschnitt auf den ächten 2½-Silbergroschen sich scharf ausgeprägt finden, auf jenen falschen Stücken verwischt und in Gestalt eines Dreiecks. Außerdem sind die unechten Stücke, welche aus einer überwiegend mit Blei versetzten Mischung zu bestehen scheinen, an der bläulichen Färbung des Metalls, sowie an der unvollkommenen Rundung und der ungleichmäßigen Stärke des Randes bei nur einiger Aufmerksamkeit erkennbar. Alle Stücke tragen die Jahreszahl 1851.

— Auf Grund des Art. 99 der Verfassungs-Urkunde des preussischen Staats, Inhalts welcher Vorschrift sämtliche Einnahmen zur Staatskasse fließen, hat das Königliche Staatsministerium den Beschluß gefaßt, die den Leitern der Provinzialbehörden bisher zur selbstständigen Verwaltung und Verwendung überlassenen sogenannten Fonds der Ordnungsstrafen einzuziehen, und demgemäß verfügt, daß vom 1. Januar d. J. an alle gegen Beamte festgesetzten Ordnungsstrafen den betreffenden Regierungs-Hauptstellen überwiesen und von diesen mit den übrigen Strafbeträgen verrechnet werden sollen.

— Nachdem die preussische Verordnung wegen Heranziehung der Staatsbeamten zu den Gemeinde-Aufgaben auch Betreffs der aktiven und nicht aktiven Militärpersonen und deren Hinterbliebenen in den norddeutschen Bund am 22. v. M. eingeführt ist, möge bemerkt werden, daß „die ferialberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes, sowohl hinsichtlich ihres dienstlichen als sonstigen Einkommens“, von allen direkten Kommunalabgaben gänzlich befreit sind und nur zu den auf den Grundbesitz oder das stehende Gewerbe, oder auf das aus diesen Quellen fließende Einkommen gelegten Kommunalabgaben beitragen müssen, wenn sie in dem Kommunalbezirk Grundbesitz haben, oder ein stehendes Gewerbe betreiben. Militärärzte genießen für ihre Einkommen aus der Civilpraxis keine Befreiung. Die auf Inaktivitätsgehalt oder zur Disposition gestellten Offiziere sind hinsichtlich ihrer Gehalts- und sonstigen Amtsbezüge ebenfalls ganz befreit.

— Nach einer neueren Bestimmung des Kriegs-Ministeriums sollen diejenigen Beamten der mobilen Armeen, welche aus der Civilverwaltung oder aus Privatverhältnissen für einen Kriegsfall herangezogen werden, künftig in allen Fällen nur unter der Bedingung der Widerruflichkeit angestellt werden. Bis jetzt war es dem Ermessen der Feld-Intendanten überlassen, wie sie dergleichen Beamten anzustellen für gut hielten.

— In Betreff der künftigen Ausrüstung der Landwehr-Bataillone ist die Einführung einer gleichmäßigen Bewaffnung durch Infanterie-Seitengewehre mit Stichblatt angeordnet worden.

— Bei der Besetzung der Lehrstellen an den neu zu gründenden Gewerbe-Zeichenschulen soll mit besonderer Sorgfalt verfahren werden und, wie ein Reskript aus dem Handelsministerium bemerkt, vorzugsweise darauf zu achten sein, daß zu diesen Stellen solche Persönlichkeiten gewonnen würden, deren sonstiger Beruf einer praktischen, das gewerbliche Leben berührenden Richtung angehört. Vor der Hand sollen die Lehrkräfte aus den Kreisen künstlerisch gebildeter Techniker (Baumeister), ausübender Künstler, sowie bewährter und regisamer Zeichenlehrer anderer Lehranstalten herangezogen werden.

Stargard, 6. Januar. In Folge vorgekommener Beschwerden macht das hiesige Landrathsamt darauf aufmerksam, daß die Einkommensteuer dem Porto unterliegt. Dieselbe darf deshalb nicht unter portofreiem Rubrum an die Königl. Kreis-Kasse abgeführt, auch nicht mit anderen Steuern zusammengepaßt zur Post gegeben werden.

Stralsund, 5. Januar. Gestern Morgen fand hierseits eine Zusammenrottung von 100 unbefähigten Arbeitern statt, welche sich in kompakter Masse nach dem Rathhause begaben, um von der städtischen Behörde Beschäftigung zu erlangen. Einige Sprecher traten in das Bureau des Herrn Polizei-Direktors und baten Namens ihrer draußen harrenden Genossen, von denen sie viele der bittersten Noth verfallen bezeichneten, um Arbeit. Der Herr Polizei-Direktor bedeutete die mit Besonnenheit auftretenden Bittsteller dahin, daß eine Erfüllung ihres Gesuches außer seiner Macht liege, da die Vergebung der städtischen Arbeiten nicht in sein Ressort gehöre, worauf die Leute sich in aller Ruhe nach Hause begaben. Heute Nachmittag zogen nun abermals einige 70 Arbeiter nach den Wohnungen mehrerer Rathsherrn, woselbst ihnen die Versicherung gegeben wurde, daß der Rath in der auf Donnerstag anberaumten Sitzung ein Hilfsmittel zu finden suchen werde. Leider wird es der Behörde, die in diesen

Jahre eine Summe von circa 35,000 Thlr. an Armen-gelder verausgabte, beim besten Willen auch hier nur vorübergehend zu helfen möglich sein.

Bermischtes.
Stettin. Daß in Stettin auch mit einem Bier- und Weinlokal immer noch ein Geschäft zu machen ist, sobald der Inhaber es nur versteht, sein Publikum in jeder Hinsicht zu befriedigen, davon liefert die neu etablierte Restauration des Herrn Stephan in der Schuhstraße den besten Beweis. Es sind bereits drei Wochen her, daß das hübsche Lokal eröffnet wurde, und der Zuspruch hat sich eher vermehrt als vermindert. In Folge dieser Thatsache hat Herr Stephan sich schon genöthigt gesehen, auf die Erweiterung der Räumlichkeiten Bedacht zu nehmen und wird derselbe die Vorhalle zu einer größeren Stube herrichten lassen.

Mewe. Von dem Unwesen, welches sogenannte Commambulen treiben, hört und liest man wohl öfter; neu dürfte es aber denn doch sein, derartige Persönlichkeiten, welche nach den seitherigen wissenschaftlichen Beobachtungen entweder als bemitleidenswerthe Kranke oder als Schwärmer zu betrachten sind — auf Befehrsreisen begriffen zu sehen. Ein Fall der Art ist in diesen Tagen in Nakowitz vorgekommen. Die etwa elfjährige Tochter eines Arbeiters aus der Dirschauer Gegend hat an den letzten beiden Festtagen in dem genannten Dorfe, natürlich unter der üblichen Verhüllung und Augenverwöhnung und bei obligaten Thränenströmen glaubensfester alter und junger Mütterchen, stundenlange religiöse Vorträge gehalten. Nach vorübergegangenem Gesange eines Kirchenliedes wurde in möglichst zusammenhängendem Vortrage das beliebte Thema der Sabbatshandlung und Trunkenheit in verschiedenen Variationen salbungsvoll behandelt. Die kleine Moralpredigerin kündigte dabei an, daß, sobald nur der große Geist in sie eingekehrt sein würde, sie auch die „Sprache der Weissagung“ führen würde. Daß wir es im vorliegenden Falle mit ganz regelrecht ausgebildeter Berstellungskunst zu thun haben, dürfte wohl schon aus der einfachen Thatsache zu folgern sein, daß, während sich erfahrungsmäßig bei wirklichen Commambulen jedesmal nach der Schlafstunde ein hoher Grad von körperlicher Abspannung zeigt, das in Rede stehende Mädchen ein paar Minuten nach der Predigt sich dabei überraschen ließ, wie sie einen recht tüchtigen Stullen Kuchen behaglich und munter verzehrte und das empfangene Geld zählte.

Altona. Seit einiger Zeit spielt eine mysteriöse Geschichte, deren theilweiser Schauplatz unsere Stadt ist. In den letzten Wochen nämlich ist wiederholt ein hochgestellter Herr nebst einer Dame, beide aus Rußland, eingetroffen, von hier nach Hannover, Berlin, Königsberg u. gereist, um angeblich eine flüchtig gewordene aus den ersten Kreisen Rußlands stammende Dame aufzufuchen. Der alte Orte Deutschlands durchreisende Herr ist eine Militärperson, gibt den schönen Flüchtling für seine Gattin aus und ist so beflissen die Spur derselben zu finden, daß er in jedem Hotel die wohlgetroffene Photographie der Dame zurükläßt, welche die Unbekannte als ein Bild der Schönheit bezeichnet. Ob die Nachforschungen des fleißigen Ritters von Erfolg gewesen, wird man vielleicht später erfahren.

— (Langsamer Tod in einem Brunnen).
In dem oberhessischen Orte Dttmanshausen ereignete sich dieser Tage das gräßliche Unglück, daß bei dem Graben eines Ziehbrunnens drei in demselben befindliche Arbeiter Morgens 9 Uhr durch Einsturz einer Wandung verschüttet wurden. Der zu oberst befindliche konnte leicht und ohne daß ihm Schaden zugeing, gerettet werden; eben so der unterste, dem — stehend getroffen — durch eine Deffnung im Schachte ein Seil zugeworfen werden konnte, mit dem er, freilich mit Verlust seiner Kleider und theilweise der Haut an den Füßen, herausgewunden wurde. Der dritte, ungesähr 3 Fuß höher auf dem Gerüste knieende Zimmermann wurde aber von den Spreißhölzern und den nachgefallenen Steinen der Brunnennauer so eingezwängt, daß er sich selbst keine Hilfe mehr geben und auch mit dem ihm durch die erwähnte Schachtoffnung zugeworfenen Seil nicht gerettet werden konnte. Das sofort begonnene Nachgraben brachte, da es ohnedies die vorangegangene Nacht sehr stark und anhaltend geregnet hatte, die Folge, daß immer mehr Erde nachrutschte und diese Rettungsversuche auch vergeblich waren. Bis Abends 4 Uhr, also volle 7 Stunden war der Verschüttete bei vollem Bewußtsein und konnte sich den ungesähr 30 Fuß über ihm arbeitenden Männern verständlich machen und ihnen mittheilen, daß er es schon noch einige Zeit in seiner Lage aushalten könnte, wenn nicht das von unten nachdrückende Wasser sein Leben von Minute zu Minute mehr bedrohen würde. Wasser weg! Wasser weg! war der letzte verzweifelte Schrei des Verschütteten. Auf späteres Anrufen erfolgte keine Antwort mehr und muß angenommen werden, daß der Verunglückte erstict ist. Heute noch ist man mit dem Nachgraben beschäftigt, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, den Verschütteten herauszuschaffen. Die Theilnahme an diesem Unglück ist allgemein.

— Die „New-Orleans Times“ berichtet über einen außerordentlichen ärztlichen Fall — ein Zurückrufen von augenscheinlichem Tode ins Leben durch seltsame Mittel, die ebenso seltsame Resultate zu Tage gefördert. Ein junger Deutscher fiel von einer Plattform herunter und wurde buchstäblich zerschmettert. Sein Hirnschädel war schwer beschädigt, seine Augen waren bis auf ein Minimum verschwunden, die Fähigkeit seiner Sinne war derart unterbrochen, daß man an seinem Körper mit einem Federmesser herum schnet-

ten konnte, ohne daß das mindeste Jucken oder Gefühl sich bemerkbar machte. Nach dem Hospital gebracht, glaubte man, daß der Verunglückte in wenigen Stunden sterben würde. Aber durch eine neue Heilmethode — der neuropathischen des Dr. John Chapman zu London — die darin besteht, vermöge eines eigens zu diesem Behufe angefertigten Apparats, unterstützt von der Anwendung geleiteter und unterbrochener elektrischer Strömungen, welches Verfahren den Namen „Faradisation“ führt, auf der ganzen Länge des Rückgrates abwechselnd Kälte und Hitze zu applizieren, — zeigte sich in dem Zustande des jungen Mannes sehr bald eine Besserung. Nach Verlauf eines Monats verloren sich die schwarzen und blauen Flecken, welche den oberen Theil des Körpers fast gänzlich bedeckten. Nach sechs Wochen erhielt das Auge wieder seine natürliche Form, der Kopf, der Anfangs fürchterlich angeschwollen, seinen normale Umfang, und alle Sinne kehrten wieder zurück. Obgleich der junge Mann sein volles Bewußtsein und die Macht, seine Zunge zu gebrauchen, wieder erlangt hatte, war andererseits sein Gedächtniß und die Erinnerung an das Vergangene gänzlich verschwunden. Er konnte sich keines Wortes seiner Muttersprache erinnern, und er brauchte drei Wochen, um seinen eigenen Namen wieder zu erlernen. Er befindet sich indessen in sichtbarer Besserung und es ist die Hoffnung vorhanden, daß die Natur das vollendet, was die außerordentliche Methode des Dr. Chapman begonnen.

Börsen-Berichte.
Stettin, 6. Januar. Witterung: bewölkt, Wind W. Temperatur + 7° R.

An der Börse.
Weizen gut behauptet, eher etwas fester, pr. 2125 Pfd. loco ungar. ger. 61—63½, mittlere 64—65, feiner 66—67, gelber inländ. 71½—72½, bunter poln. 69—73½, weißer 74—75½, 83—85Pfd. per Frühjahr 71, 71½, bez. u. Ob., Mai-Juni 72½, Br.

Roggen fester, per 2000 Pfd. loco 52, 52½, Jan. 52, Br. 51½, Ob., Frühl. 52½, ½, bez. u. Ob., Mai-Juni 53, Br. 53½, bez., Juni-Juli 54, nom.

Gerste fest, pr. 1750 Pfd. loco Futter-ung. geringe 43—46, mittlere 47—48, feine 48½—50, schel. 63—70Pfd. Frühl. 49½, ½.

Hafer wenig verändert, pr. 1300 Pfd. loco 34½, bis 35, 47—50Pfd. Frühl. 35, Br. u. Ob., Mai-Juni 35½, Br.

Erbsen unbedändert, pr. Frühl. Futter- 58½, Br.

Mais matter, loco 66½, Br.

Rübsen wenig verändert, loco 9½, Br., Januar-Februar 9½, Br., 9½, Ob., Februar-März 9½, Br., April-Mai 9½, Br., bez. u. Br., Mai 9½, Br., Septbr.-Oktbr. 9½, Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 15½, bez., Januar-Februar 15½, Br., bez., Febr.-März 15½, Br., Frühl. 15½, ½, bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 71, Roggen 52, Rübsen 9½, Spiritus 15½.

Landmarkt.
Weizen 64—74, Roggen 52—54, Gerste 50—54, Hafer 33—36, Erbsen 56—58, Senf 12½—17½, pr. Ctr., Stroß 7—9.

Liverpool, 5. Januar. (Baumwollenmarkt.) Middling Upland 11, Orleans 11½, Fair Egyptian 11½, Dhollerah 8½, Broad 8½, Demra 8½, Madras 8½, Bengal 7½, Smyrna 9½, Pernam 11½.

Antwerpen, 5. Januar. (Schiffsbericht.) Petroleum ruhig, weiße Type loco 58. Auf Lieferung starker Umsatz, zu 53 sind Verkäufer.

Stettin, des 6. Januar.	
Hamburg	6 Tag. 150½ bz
Amsterdam	2 Mt. 150 B
London	8 Tag. 142 G
Paris	2 Mt. —
Bremen	10 Tag. 6 24½ bz
St. Petersburg	3 Mt. 6 22½ B
Wien	10 Tag. 81½ bz
Prag	2 Mt. 80½ B
Pomm. Bank	3 Mt. —
Sts.-Anl. 5457	3 Wch. —
St.-Schldsch.	8 Tag. —
P. Präm.-Anl.	2 Mt. —
Pomm. Pfdb.	4 —
Rentenb.	4 —
Ritt. P.P.B.A.	4 —
Berl.-St. E. A.	4 —
Prior.	4 —
Starg.-P. E. A.	4½ —
Prior.	4½ —
St. Stadt-O.	4½ 92½
St. Börsenhaus-O.	4 —
St. Schanapf.-O.	5 —
Pom. Chausseeb.-O.	5 102 B
Greifenhag.-Kreis-O.	5 —
Pr. National-V. A.	4 114½ B
Pr. Soc.-Assicuranz	4 100 G
Pomerania	4 110 B
Union	4 109 B
St. Speicher-A.	5 —
Ver.-Speicher-A.	5 —
Pom. Prov.-Zuckers.	5 —
N. St. Zuckersied.	4 160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4 —
Bredow	4 —
Walzmühle	5 —
St. Portl.-Cementf.	4 —
St. Dampfschlepp-G.	5 —
St. Dampfschiff-V.	5 —
Neue Dampfer-C.	4 96 B
Germania	4 101 B
Vulkan	4 140 B
St. Dampfmühle	4 110 B
Pommerens. Ch. F.	4 205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4 —
St. Kraftdünge-F.	5 —
Gemeinn. Banges.	5 100 B
Grabow Stadt-Obl.	5 —